

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verdächtige Aussagen im Femeprozeß Abgefartetes Spiel? — Fuhrmann weiter belastet!

Die große Sensation, die im Fememordprozeß erwartet wurde, ist heute eingetroffen und — war keine. Gestern schwirren Gerüchte in der Luft: Geständnisse würden bevor. Heute morgen legte im Namen seines Mandanten Fuhrmann Rechtsanwalt Hildebrandt Verwahrung dagegen ein, daß die Presse derartige Gerüchte in die Welt setze. Und siehe da! Das Gerücht ist schnell gemacht und — war gar keines. Fuhrmann will nun die Wahrheit sagen, diesmal die ganze. Und er sagt sie:

Der Hauptmann Guiknecht, sein Bataillonskommandeur, habe ihm eines Tages während eines Spaziergangs mitgeteilt, Wilms sei ein Verräter; Fahlbuch würde mit dem Auto kommen; das Auto kam und Wilms war nicht mehr da. Das Geständnis erfolgt erst nach eindringlichen Vorhaltungen des Vorsitzenden. Warum überhaupt erst jetzt? — Fuhrmann sagt es:

Ich gebe zu, daß ich vorher von der Tat gewußt habe. Aber ich habe nichts gewußt, weil Guiknecht mir ein guter Kamerad war und weil er monatelang in Untersuchungshaft gesessen hat.

Deswegen haben auch die anderen Angeklagten, die unschuldig sind, das alles durchgemacht, nur weil sie Guiknecht, der aus innerster Ueberzeugung gehandelt hat, vor dem Todesurteil bewahren wollten. (Große Bewegung.)

Vors.: Guiknecht hat dazu erklärt, Wilms müsse beseitigt werden? Fuhrmann: Jawohl, mehr hat er aber nicht gesagt.

Nun ist alles so, wie es die Angeklagten brauchen: Fahlbuch, nirgends aufzufinden, ist der Mörder; Guiknecht, der sich in Britisch-Westafrika aufhält, der Anstifter. Eine niederschmetternde Wendung — für die Anklage.

Dazu muß man noch den gestern wie ein Deus ex machina im Gerichtssaal erschienenen Zeugen Lorenz halten, der heute nochmal ausgefragt wird. Hat er denn nicht auch vor dem Gericht das Geständnis des ebenfalls unerreichbaren Büsching ausgebreitet, der gemeinsam mit Fahlbuch die Ermordung des Wilms bewerkstelligt haben soll? Alles klappert vorzüglich — zu vorzüglich, um glaubwürdig zu sein.

Weshalb sollte Guiknecht eigentlich dem Fuhrmann seine Absicht, Wilms zu beseitigen kundgegeben haben, da Wilms ja nicht ihm, sondern Poser unterstand? Fuhrmann, der die Wahrheit kennt, soll mit ihr hinter dem Berge gehalten haben, obwohl er so die Ränge seiner Kameraden gefährdete. Der Zeuge Lorenz läßt die Angeklagten ruhig monatelang unter dem Verdacht des Fememordes im Gefängnis sitzen, obgleich er die Wahrheit kennt. Der Zeuge Fuhrmann, der den Angeklagten schwer belastet hat, widerruft im Gerichtssaal prompt seine Fuhrmann belastende Aussage — ganz wie es dieser Angeklagte vorausgesagt hat. Der Zeuge hat gestern abend mit anderen Zeugen geknirscht. Heute liest man ihm die Lüge von der Stirn. Eine Verhaftung an Ort und Stelle wäre nicht allein gerechtfertigt, sondern würde auch sehr gedächtnisstärkend für die anderen noch zu vernehmenden Zeugen sein, die im Flur des Gerichtsgebäudes einander Nachrichten über Zeugenaussagen erteilen. „Wir müssen alle noch zusammenhalten“ ist ihr Wahlspruch. Fuhrmann soll unter allen Umständen gerettet werden, dieser Fuhrmann, der laut eigenem Geständnis ruhig mit seinem kleinen Mädchen getanzt hat, während am Kneipisch der Todesstandort Wilms sah.

Fuhrmanns Gedächtniswund.

Daß Wilms am dem Abend, der sein letzter werden sollte, sehr betrunken war, bekundete der Zeuge Fuhrmann, der im übrigen aber an plötzlicher Gedächtnischwäche leidet. Er will nur noch wissen, daß Wilms in der „Neuen Welt“ von Fahlbuch eine Ohrfeige bekommen habe mit den Worten: „Du Schwein“,

und daß Fuhrmann mit einer Dame getanzt habe. Ob Fuhrmann aber mit dem Auto mitgefahren sei, wisse er heute nicht mehr. Der Vorsitzende hielt ihm aber vor, daß er in der Voruntersuchung ausdrücklich bekundet habe, Fuhrmann habe mit ihm im Auto gefahren. Der Zeuge blieb jedoch allen Ermahnungen und allen Hinweisen auf seinen Eid und sein verdächtiges Verhalten zum Trotz bei seiner heutigen Darstellung, daß er von nichts mehr wisse. Ebenso will er sich auch nicht mehr an eine Bekundung erinnern, die er vor dem Untersuchungsrichter gemacht hat, nämlich, daß am nächsten Tage Fahlbuch seinen Koffer packte, daß auch Fuhrmann in der Kofferne erschienen sei. Der Zeuge will sich nur noch erinnern, daß Fuhrmann ihn einmal geschlagen und dabei erklärt habe:

„Wenn Sie die Geschäfte verraten, dann schicke ich Sie persönlich nieder!“

Nach Ansicht des Zeugen hat sich das auf die Geheimhaltung der Arbeitskommandos bezogen. Auf Vorhalt der Staatsanwaltschaft gab der Zeuge noch zu, daß er nach Schluß der geistigen Verhandlung mit bereits vernommenen Zeugen über die ganze Angelegenheit gesprochen habe, bestritt aber, daß dabei seine heutige Aussage festgelegt worden sei. Auf weitere Fragen gibt er an, daß ihm ein Gefreiter erzählt habe, er habe Wilms im Auto die Knochen zerbrochen, ihm dann einen Fangschuß gegeben und ihn dann im Walde verscharrt.

Sommerfeld belastet Fuhrmann.

Dann trat noch einmal der Zeuge Sommerfeld vor, der seine belastenden Angaben gegen Fuhrmann noch einmal präziserte und Fuhrmann auch durch neue Bekundungen weiter belastete. Er betonte dabei, daß die Beweisaufnahme ihm verschiedene Dinge besser ins Gedächtnis zurückgerufen habe. So erinnere er sich bei der Angabe des Zeugen Lorenz, daß Büsching gegenüber Wilms einen Jiu-Jitsu-Griff angewandt habe, folgender Tatsache: Fuhrmann erzählte mir, Wilms sei auf der Fahrt nachstern geworden, habe herauspringen wollen und gedroht, zu schlehen. Darauf sei er mit einem Schuß in den Hinterkopf getötet worden. Vors.: Hat Fuhrmann gesagt, Wilms sei betrunken gemacht worden? Zeuge: Jawohl, das hat er gesagt. (Bewegung.) Ich habe dann Fuhrmann gefragt, ob er an der Sache beteiligt war, denn ich hatte eine gewisse Vermutung, die sich auf folgende Tatsache stützte: An jenem Abend war Fuhrmann vom Essen aufgestanden und einen Augenblick hinausgegangen. Als er wiederkam, trug er Jölzl und unter seiner Weste sah ein Strich vor. Ich sagte zu ihm: „Kannst du dir keine Hosenträger mehr leisten?“ Darauf erwiderte er:

„Sei still, hier wird eine Sache gedreht.“

Diese Aussage wird mir hier besonders schwer, weil ich hoffte, daß Fuhrmann hier das selber eingestehen würde, aber weil ich das Empfinden habe, daß er die Angeklagten belastet, und daß er das auch weiter tun wird, deshalb sage ich jetzt alles. (Große Bewegung.)

H. Hildebrandt: Der Zeuge hat mit dem Verschweigen dieser gravierenden Tatsache seine Eidespflicht wesentlich verletzt. (Sehr richtig! und Bravorufe aus der Jugendbank.) Vors. (sehr scharf): Der Zeuge kann sehr wohl seine Aussage ergänzen. Eine solche Bemerkung wäre wohl erst nach Schluß der Verhandlung zulässig gewesen.

Die Fragen des Rechtsanwalts Hildebrandt, die wiederholt lebhaft Heiterkeit im Zuhörerraum hervorriefen, gaben schließlich der Staatsanwaltschaft Veranlassung, gegen die Art der Zeugenvernehmung zu protestieren. Auch der Vorsitzende betonte, daß der Verteidiger mit seinem Urteil über den Zeugen und der Art seiner Vorhaltungen sehr weit gehe.

Der Zeuge schildert, wie er nach dem Eingeständnis Fuhrmanns bei der damaligen Unterredung auch v. Poser über diese Dinge befragt habe. Poser habe einen Schreck bekommen, als er gehört habe, wie Wilms beseitigt worden sei.

Frankreich bleibt in China neutral.

Briand spricht vom chinesischen Freiheitskampf mit Sympathie.

Paris, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer antwortete Außenminister Briand auf die Frage eines sozialistischen Abgeordneten über die Haltung Frankreichs in China, daß die gegenwärtige Lage in keiner Weise eine Aenderung der bisherigen Haltung Frankreichs rechtfertige. Frankreich werde weiterhin zwischen den chinesischen Parteien eine absolute Neutralität einhalten. Im übrigen werde die französische Republik in keiner Weise den Freiheitskampf des chinesischen Volkes stören; würde jedoch die Sicherheit und das Leben französischer Staatsangehöriger bedroht, so würde Frankreich gezwungen sein, seine Haltung zu ändern, aber die chinesischen Wirren seien eine innere chinesische Angelegenheit, in die sich Frankreich nicht mische.

Wie „Havas“ aus Schanghai berichtet, betragen die zur Verstärkung der Polizei dorthin entsandten französischen Truppen ungefähr ein Bataillon anamitische und Kolonialtruppen.

Niederlage Wupeifus.

Das Hauptquartier des Generals Tschangtschin meldet die Einnahme der Stadt Tschengtschau in der Provinz Honan. Das bedeutet eine Niederlage jener Truppen, die zu Wupeifus Armee gehören und ein Hindernis für die Nordtruppen auf ihrem Weg

nach Süden, Richtung Nanjing—Schanghai, darstellen. Im Süden aber, dicht am Nanjing, stehen die Kontratruppen, gestützt auf die Idee der Nationalrevolution und auf beträchtliche Erfolge militärischer und moralischer Art.

Englische Werber für China in Bulgarien?

Sofia, 16. März. (Ill.) Hiesige Blätter berichten über das Auftauchen englischer Agenten zur Anwerbung bulgarischer Freiwilliger für China und nennen die Namen mehrerer bereits angeworbener Unteroffiziere. Das „Stowo“ (Wort) verlangt behördliche Maßnahmen gegen solche Ausnützung der nationalen Notlage. Die englische Gesandtschaft bestreitet die Richtigkeit der Angaben der bulgarischen Blätter und erklärt, daß sie den angeblich Angeworbenen das Visum verweigern würde.

Indien mußt auf.

Ablehnung des Svercetats im Parlament zu Delhi.

New Delhi, 16. März. (W.B.) Die gesetzgebende Versammlung hat mit 56 gegen 47 Stimmen den Svercetats abgelehnt, um dagegen zu protestieren, daß die Umwandlung der Armee in eine nur aus Indern bestehende verzögert wird.

Risse im Bürgerblock?

Widerstreit der Interessen. — Endlose Beratungen, aber keine Einigung.

Der Bürgerblock verdankt seine Entstehung dem Wunsche der Großkapitalisten und Großagrarier nach Ausschaltung des Einflusses der unteren Schichten des Volkes auf die deutsche Politik. Man will die alte Vormachtstellung der Kapitalisten wiederherstellen. Aber so leicht, wie man sich das gedacht hatte, ist es nicht durchzuführen. Das heutige Deutschland ist nicht mehr der alte Obrigkeitsstaat, den eine vom Parlament unabhängige Regierung beherrscht hat. In der demokratischen Republik mit allgemeinem Wahlrecht liegt die entscheidende Macht im Parlament. Infolgedessen sind auch die Parteien in viel stärkerem Maße als früher abhängig von der Stimmung ihrer Wähler. Da jede Partei, auch die Rechtsparteien, Millionen von proletarischen Wählern haben, müssen auch sie deren Interessen in gewissem Umfang Rechnung tragen, obwohl ihnen das stets außerordentlich unbequem ist.

In wie starkem Maße dieses innere Ringen zwischen den kapitalistischen Wünschen und den sozialen Erfordernissen die bürgerlichen Parteien beherrscht, zeigen die augenblicklichen Schwierigkeiten der Rechtskoalition, die durch zahllose interne Verhandlungen ausgeräumt werden sollen. Während in dem großen Plenarsaal die Redner der Parteien öffentlich miteinander diskutieren und sich in populären Versprechungen zu überbieten suchen, gehen in kleinen geheimen Konventikeln heftige Kämpfe unter den Regierungsparteien vor sich. Der Schwerpunkt der Politik liegt augenblicklich in diesen interfraktionellen Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien. Sobald die Reichsregierung eine Vorlage an den Reichstag bringen will, sucht sie zunächst eine Verständigung mit und innerhalb der Regierungsparteien herbeizuführen. Sie weiß, daß sie ohne diese Verständigung sich der Gefahr einer Niederlage aussetzt, zumal die Wirtschaftspartei, ohne die die Rechtsregierung nur über wenige Stimmen Mehrheit verfügt, ein absolut unzuverlässiger Bundesgenosse ist.

Eine der Vorlagen über die innerhalb der Regierungsparteien trotz vieler Verhandlungen immer noch keine Einigung erzielt worden ist, ist das Rotgesetz über die Arbeitszeit. Hier geht der große Kampf zwischen der Deutschen Volkspartei, der Partei der Großkapitalisten, und dem Zentrum, das bei einem Nachgeben seinen Arbeitersüßel in eine schwierige Lage bringt. Daher kommen die Verhandlungen, die von beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit geführt werden, nicht vom Fleck, und es ist eine Spannung entstanden, die manchen begeisterten Anhänger des Bürgerblocks daran zweifeln läßt, ob man die ersehnten Ziele erreichen wird. Auch bei der Erhöhung der Invalidenrenten ist der größte Gegensatz zwischen Volkspartei und Zentrum vorhanden. Die Reichsregierung anerkennt jetzt endlich, daß die Invalidenrenten erhöht werden müssen. Die Erhöhung soll insgesamt 120 Millionen jährlich betragen. Davon will das Reich ein Drittel tragen. Von den Oppositionsparteien wird dieses Zugeständnis als ungenügend abgelehnt. Nun geht der Kampf darum, ob und in welchem Maße das Reich seine Beihilfen zu den Invalidenrenten erhöhen kann.

Die Entscheidung darüber liegt zu einem wesentlichen Teil bei dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Er muß das Geld dafür zur Verfügung stellen, weiß aber nicht, woher er es nehmen soll. Denn die Vorschläge der Regierungsparteien zum Finanzausgleich werden die Reichskasse in ganz unvorhergesehener Weise belasten. Dr. Köhler hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden von 2,4 auf 2,6 Milliarden erhöht werden. Er ist damit einverstanden, daß die Getränkesteuern, die etwa 75 Millionen Mark bringen, beseitigt werden und er will Ersatz dafür in Höhe von 20 Millionen aus der Reichskasse zugestehen. Außerdem sollen die süddeutschen Staaten eine Aufwertung ihrer Ansprüche aus der Biersteuergemeinschaft um etwa 45 Millionen Mark erhalten. Das ist alles in allem mehr als eine Viertelmilliarde Mark, für die eine Deckung im Haushalt bisher nicht vorgesehen ist und durch die die Gefahr der Defizitwirtschaft des Reiches aufs neue entsteht.

Man kann es den Regierungsparteien nachfühlen, daß ihnen diese ernste Lage einiges Kopfzerbrechen verursacht, ohne daß man sie deswegen zu bedauern braucht. Auch über die Neuregelung des Finanzausgleichs bestehen nämlich innerhalb der Koalition große Meinungsverschiedenheiten. Obwohl man einen gemeinsamen Antrag eingebracht hat, der die Regierungsvorlage in wesentlichen Punkten verändert, sind die Differenzen nicht beseitigt. Zum Beispiel will ein Teil der Regierungsparteien die Gemeindegetränkesteuern weiter bestehen lassen, wogegen die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei mit größter Energie Sturm laufen. Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei wollen auch nur die Verlängerung des Provisoriums um ein Jahr, die Mehrheit der Regierungsparteien aber besteht auf zwei Jahre. Die gleiche Front zeigt sich in der Stellungnahme zu den Realsteuern: Volkspartei und Wirtschaftspartei wollen ihren zwangsmäßigen Abbau, die übrigen Regierungsparteien treten nur für eine in späterer Zeit vorzunehmende Reichsrahmenregelung ein.

Ebenso ernst sind die Schwierigkeiten, die von den Ländern her drohen. Die vorgeschlagene Neuordnung zum Finanzausgleich ist unter bayerischem Druck vorgenommen worden. Bayern erhält erhebliche Zugeständnisse, die so schwerwiegender Art sind, daß man mit Recht von einer Sonderbehandlung Bayerns gesprochen hat. Der Vorstoß, den der preussische Finanzminister Höpker-Ulshoff in der gestrigen Sitzung des Steueraususses gegen die Bevorzugung Bayerns unternahm, hat deshalb größte politische Bedeutung. Eine Zweidrittelmehrheit ist für den Finanzausgleich im Reichstag, so wie er jetzt beschaffen ist, unter keinen Umständen zu haben. Selbst eine einfache Mehrheit ist noch fraglich. Infolgedessen können Meinungsverschiedenheiten unter den Ländern den ganzen Finanzausgleich gefährden. Das wird vor allem dann der Fall sein, wenn die Hauptforderung für Bayern die Erhöhung der Biersteuerabfindung nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann. Sie ist nämlich weder im Reichstag, noch im Reichsrat vorhanden. Fällt sie aber, dann ist Bayern unzufrieden, dann springt die Bayerische Volkspartei ab, dann zeigt sich die so mühsam hergestellte Rechtskoalition als ein Bau mit vielen Rissen.

Man braucht deshalb trotzdem nicht gleich an das Ende des Bürgerblocks zu denken. Die gemeinsamen Interessen des Besitzes, die ihn haben entstehen lassen, werden ihn auch zusammenhalten. Es zeigt sich aber schon jetzt, daß die Gegenläufe in dieser Koalition recht groß sind und daß eine sachliche Opposition, die sich ihrer Macht und Kraft bewußt ist, ihr so viel Schwierigkeiten bereiten kann, daß selbst die Bäume des Besitzbürgerblocks nicht in den Himmel wachsen.

Volkstrauer im nationalen Bayern.

Eine geschmackvolle Extrawurst.

Aus Anlaß des Volkstrauerfestes hatten die deutschen Rundfunkgesellschaften ihr festes Sonntagsprogramm fast durchweg auf den Charakter des Tages eingestellt. Man mag sogar den Standpunkt vertreten, daß sie dabei teilweise zu weit gegangen sind, da der Volkstrauertag noch seinen offiziellen Charakter erhalten hat. So waren die Darbietungen der Berliner Sender von der ersten bis zur letzten Stunde den Toten gewidmet. Auch die Programme der Sendestationen Breslau, Königsberg, Hamburg, Frankfurt, Langenberg (Rhein-Ruhr-Sender), Leipzig waren durchweg dem ernstesten Charakter des Tages angepaßt. Hier die Liste der Abendveranstaltungen:

- Berlin: „Dem Gedächtnis der Toten“.
- Breslau: „In memoriam“.
- Frankfurt: „L'Orquato Loffo“.
- Hamburg: „Volkstrauerfest“.
- Königsberg: „Gedenkspiel zum Volkstrauerfest“.
- Langenberg: „Uebertreibung der Feier aus der Hauptkirche in Barmen“ und „Sinfonische Trauerfeier“ in Köln.
- Leipzig: „Das Grabmal des unbekanntem Soldaten“.
- München: ...

In München, die Hauptstadt des „nationalen“ Bayern, München, die Stadt, wo nur die weißblauen und die schwarzweißroten Farben zum guten Ton gehören, während Schwarz-Rot-Gold verpönt wird, München hatte eine ganz besondere Trauerfeier für seine Radiobureaus veranstaltet. Das Abendprogramm lautete:

- München: „Erinnerungen an den Münchener Karneval“.
- Es lebe die bayerische Eigenart!

Die verkrachte völkische Einigkeit.

Auflösung der völkischen Fraktion.

Dienstagabend ist dem Bureau des Reichstages offiziell mitgeteilt worden, daß die Fraktion der völkischen Arbeitsgemeinschaft aufgelöst sei. Das kam so, daß die völkischen nach dem Uebertritt der Herren Stroffer und Stöhr zu den Nationalsozialisten

Sitzung der Bergarbeiter-Internationale

Tagung im Landtag.

Heute vormittag 10 Uhr trat das Komitee der Bergarbeiter-Internationale im Landtag zu einer Sitzung zusammen. Es sind vertreten:

- Großbritannien: Smith, Richardson, Cook, Hodges, internationaler Sekretär.
- Frankreich: Quintin und Vigne.
- Belgien: Desjardin, Lombard und Deflativ.
- Oesterreich: Zwanziger.
- Ungarn: Jarolim, Brozic.
- Holland: van d. Bilt.
- Polen: Stanczyk.
- Deutschland: Hufemann, Walzhefer, Limberg, Dr. Berger, Brylla. Als Uebersetzer: Sage, Baumeister.

Es fehlen: Amerika, Rumänien, Jugoslawien und Spanien. Die Sitzung wird voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

nicht mehr die Mehrheit in der Fraktion hatten; Herr von Gräse aber sich geweigert hat, den Vorsitz in der Fraktion an die Nachbargruppe abzugeben.

Die ausgetretenen Mitglieder sind: Dietrich-Franken, Dr. Fried, Dr. Feder, Stroffer, Stöhr, Reventlow. Die Nationalsozialisten zählen jetzt sechs, die völkischen aber nur noch fünf Abgeordnete. Durch die Auflösung der völkischen Fraktionsgemeinschaft verlieren die völkischen ihre Mandate in den Ausschüssen. Es muß also jetzt eine Aufteilung der von ihnen bisher innegehabten Ausschüsse an die anderen Fraktionen vorgenommen werden.

Vor ihrem glanzvollen Aufstiegen hat die Reichstagsfraktion der völkischen noch folgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen, den Reichsaussenminister Dr. Stresemann aufzufordern, den ihm zuerkannten Friedens-Robelpreis von 60 000 M. entweder als nach § 15 des Reichsbeamtengesetzes unzulässig zurückzuweisen, oder, falls die Annahme vom Reichskabinett genehmigt sein sollte, zugunsten der Kriegsbeschädigten zu verwenden.

Zu den Unterzeichnern des Antrags gehört Ludendorff, der Generalfeldmarschall a. D., der von der Republik die Höchst Pension eines Beamten erhält, sich aber dadurch und auch durch das Reichsbeamtengesetz nicht abhalten läßt, Nebeneinnahmen aus seinen Büchern zu erzielen. Als im Jahre 1919 gemeldet wurde, Ludendorff würde den Ertrag seiner literarischen Tätigkeit den Kriegsoffizieren zuwenden, folgte ein überzeugendes Dementi. Auch davon ist nichts bekannt, daß etwa Ludendorff die Bezüge als Abgeordneter den Kriegsbeschädigten spendete, was ja um so verständlicher wäre, als der Generalfeldmarschall a. D. es unter seiner Würde erachtet, zu den Reichstagsitzungen zu erscheinen.

Es geht doch nichts über alldeutschen Männerstolz!

Faschismus und Diplomatie.

Mißbrauch der diplomatischen Gepflogenheiten.

Wir haben bereits vor mehr als einem Jahre darauf hingewiesen, daß die italienischen Konsula in Deutschland als eine ihrer Hauptaufgaben die Gründung von faschistischen Vereinen betrachten, wobei auf die italienischen Staatsangehörigen, die im Auslande leben, der stärkste moralische und damit auch materielle Zwang im Sinne der „Bekehrung“ zum Faschismus ausgeübt wird; denn wehe dem Italiener, der es wagt, der faschistischen Ortsgruppe nicht beizutreten! Er kommt auf die „Schwarze Liste“ des Konsulats und muß sich darauf gefaßt machen, bei einem etwaigen Besuch in seinem Vaterlande als „Feind des faschistischen Staates“ behandelt zu werden.

Im Laufe der letzten Monate hat die faschistische Organisationsarbeit der italienischen Konsularbehörden immer weitere Fortschritte

gemacht. Die deutschen Behörden, die diese Tätigkeit mit ernstester Beforgnis beobachten, können dagegen nicht viel tun, da in Italien selbst der Staat sich immer mehr mit dem Faschismus identifiziert hat. Jetzt gehen die italienischen Konsula sogar über, die ausländischen Konsularbehörden zu ihren faschistischen Feiern in überaus eudringlicher Form einzuladen, wie aus folgendem Schreiben hervorgeht, das auf unseren Redaktionstisch gesteuert ist:

ICR. Console Generale (Stoccardo = Stuttgart. Red. d. „A.“)
D'Italia. (Stoccardo = Stuttgart. Red. d. „A.“)

Der italienische Fascio von Stuttgart wird am 23. d. M. die Gründung der italienischen Fasci in Italien (23. März 1919) und die Gründung des Fascio in Stuttgart in Form eines Familienfestes in den Räumen des Hotel Continental, Königstraße 84, abends 1/8 Uhr, feiern. Das Fest steht unter meinem Patronat und ich werde persönlich mit meiner Familie an demselben teilnehmen.

Ich beehre mich, dem Konsulat (folgt der Name des eingeladenen Staates. Red. d. „A.“) Vorstehendes mitzuteilen, sowie auch, daß der Präsident des Fascio persönlich auf dem Konsulat vorbeikommen wird, um zu fragen, ob und befallendenfalls, wie viele Einladungskarten gewünscht werden, um Ihnen dieselben auszuhandigen zu können.

Hochachtungsvoll
(Unterschrift des Generalkonsuls.)

Die italienische Regierung verfolgt damit offenkundig den Zweck, den faschistischen Vereinen im Auslande eine internationale Anerkennung zu verschaffen und überhaupt die ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertreter faschistisch zu beeinflussen. Sie spekuliert auf die Regeln der diplomatischen Courtoisie und versetzt damit die Konsula auch solcher Staaten, die mit dem Faschismus nichts zu tun haben wollen, in eine moralische Zwangslage: nehmen sie die Einladung an, dann fördern sie durch die Anwesenheit die faschistische Idee, lehnen sie ihr Erscheinen ab, dann sieht dies wie ein unfreundlicher Akt aus, der mit persönlichen und politischen Unannehmlichkeiten verbunden sein kann.

Gegen diesen Mißbrauch der diplomatischen Gepflogenheiten zu parteipolitischen Zwecken muß energisch Front gemacht werden.

Der Oberschlesienfilm freigegeben.

Ein politischer Tendenzfilm.

Unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. Seeger fand heute vormittag in der Filmoberprüfstelle die Verhandlung über Freigabe des Oberschlesienfilms „Land unter Kreuz“ statt. Die Deutlich-Gesellschaft hatte gegen das Verbot der Filmprüfstelle Protest eingelegt. Der Film war damals auf das Urteil des Sachverständigen vom Auswärtigen Amt hin verboten worden. Man fürchtete eine ungünstige Beeinflussung der deutsch-polnischen Verhandlungen, ferner aber auch, daß der Film als Heßfilm im Ausland ausgegeben werden könnte. Schon damals hatte man festgestellt, daß der Film der Wahrheit entspreche. Man kann fragen, was ist Wahrheit? Möglich, daß die Ausnahmen an Ort und Stelle gehalten hat, eine hebräische Tendenz gegen Polen tritt trotzdem zu Tage. Man zeigt nur das Elend im ehemaligen deutschen Oberschlesien; um den Anschein der Objektivität wenigstens zu bewahren, hätte man auch Bilder von dem Elend in rein polnischen Gebieten bringen können. Was soll aber die Gegenüberstellung einer hungernden Familie mit trinkenden Kavaliere in einer Bar? Man braucht nicht nach Oberschlesien deshalb zu reisen.

Ueber die Ungerechtigkeit der Teilung Oberschlesiens sind sich wohl alle Deutschen einig, aber heute diese Frage filmpropagandistisch aufrollen, heißt unpolitisch handeln. Die Aufhebung des Verbots stärkt nur Feuten unnötigerweise das Rückgrat, die heute schon wie der „Bund für Heimat und Volk“ eine Reinigung der Filmprüfstelle von den „Filmbolschewisten“ fordern. Daß hierunter alle republikanisch Denkenden gemeint sind, ist selbstverständlich.

Wieviel soll der Mensch täglich arbeiten?

Eine Kundfrage von Ernst Moriz Häufig.

Der Dichter: Wüßte man doch endlich unterlassen, mich zu fragen, wann und wieviel ich arbeite. Ich arbeite im Schlafen, denn da empfangen ich meine Traumideen, in der Liebe, denn da werde ich des Widerstandes der stumpfen Welt gewaht. Daß ich manche Tage gar nicht und manche Tage nur eine halbe Stunde am Schreibtisch sitze, das kann man mir doch nicht als Faulheit anrechnen.

Der Straßenbahnkassierer: Ich bin dafür, daß die Herrschaften, die andere Berufe als den eines Straßenbahnkassierers haben, acht Tage lang meinen Dienst machen. Und dann sollen sie über meine Arbeitszeit bestimmen. Ich bin überzeugt, daß ich mich ihrem Spruch gern unterwerfen werde.

Die Warenhausangestellte: Ich weiß gar nicht, was die Leute von der täglichen Arbeitszeit wollen. Meine Arbeitszeit ist ja Wochentags mit meiner Lebenszeit identisch. Ich habe gar keine Vorstellung davon, was man, wenn man nicht zum Zahnarzt oder zur Beerdigung muß, um 5 Uhr nachmittags auf der Straße macht. Ich bin so müde, daß ich oft wünschte, ich könnte gleich im Warenhaus übernachten.

Der Bettler: Meine Arbeitszeit ist so knapp, daß ich mir eine Verlängerung auf keinen Fall gefallen lassen kann. Bei schlechtem Wetter mache ich sowieso den Käseladen zu, und Sonntags, wenn andere Leute auf dem Sofa liegen oder spazieren gehen, muß ich am Wegesrand liegen und die Hand austrecken. Kinder, geht mir weg mit den neumodischen sozialen Verbesserungen. Ich mache im Hochsommer meine 12—14 Stunden Dienst, und daran soll mich kein Wohlfahrtsminister hindern.

Der Ausschreier auf der Straße: Meine Arbeit zeichnet sich dadurch vor den anderen aus, daß sie darin besteht, die Arbeitszeit zu suchen. Meine Arbeitszeit, meine Damen und Herren, bestimmt sich nach der Entfernung des Schupomannes von meinem kleinen, aber soliden Geschäft. Was andere Leute also in acht oder in zehn Stunden an Geist versprigen, das muß ich in wenigen Minuten drängen.

Der Rentier (eine fast ausgestorbene Gattung): Selbstverständlich komme ich mit acht Stunden Arbeit am Tage nicht aus. Denn wenn ich auch jetzt von meinen aufgewerteten Hypotheken und einem bescheidenen Batteriegewinn leben kann, so habe ich doch wirklich den ganzen Tag zu tun mit dem, was ich die Nationalisierung des Verbrauches nenne. Ich habe nämlich herausgefunden, wie es möglich ist, mit 2 M. den Tag vollständig einen an sich ziemlich kräftigen Appetit zu stillen. Ich will aber, um mich in eine Verschönerungsstufe einzuklassen, auf 1,50 M. Verpflegungsgeld täglich kommen. Da heißt es arbeiten, arbeiten, arbeiten, genau wie Ford, der auch immer billiger und billiger wird, und dessen Appetit doch schließlich auch nicht nachläßt.

Die mondäne Frau: Wie es Leute geben kann, die den Achtstundentag für ausreichend, ja, sogar für zu lang halten, das

ist mir absolut schleierhaft. Ich habe soviel zu tun, daß ich niemals abends rechtzeitig fertig bin, wenn ich ins Theater will. Der Vormittag vergeht mit Maniküren, Baden, Körperpflege, Turnen, Menfendieden; der Nachmittag mit gesellschaftlichen Verpflichtungen, zum Langen nachmittags komme ich überhaupt nicht, den Nachmittagschlaf mußte ich mir beinahe abgewöhnen; abends Theater oder Repräsentieren. Mein Gott, ich komme mit dem Zehnstundentag nicht aus.

Der Gelehrte: Ich habe etwas davon gehört, daß man sich draußen über die Arbeitszeit den Kopf zerbricht. Für mich ist ja diese Frage vollkommen gegenstandslos. Meine Uhr ist schon seit Jahren stehen geblieben. Einen Kalender besitze ich nicht. In gewissen Abständen verlangt der Hauswirt von mir Geld. Ich glaube, man nennt das monoton. Wenn die Sonne auf meine Bücher kriecht, dann mache ich manchmal ein Nickerchen, und wenn meine Haushälterin mir das Licht vor der Nase absperri, dann lege ich meine Sachen ab und lege mich ins Bett. Unter einer Verkürzung oder Verlängerung der Arbeitszeit kann ich mir also nicht das geringste vorstellen.

Der Fabrikarbeiter: Wenn ich lesen und studieren könnte, so, wie ich möchte, wie gern würde ich 12 Stunden am Tage arbeiten. Aber im blauen Kittel und in diesem langweiligen, zum Saal erweiterten Koch auch nur 8 Stunden stehen, ach, ich merke schon in der fünften Stunde, daß ich nicht mehr Ich bin, sondern nur noch es, es, das arbeitet, es, das gehorcht, es, das aufpaßt, es, das müde wird.

Die Dichter-Akademie warnt vor dem Zensur-Gesetz. Die preussische Akademie der Künste, Sektion für Dichtkunst, betrachtet es keineswegs als Ehre — so teilt sie der Presse mit —, schon wieder gegen einen Gelegenheitswurf zur Beschränkung der geistigen Freiheit protestieren zu müssen. Ein Kampf wird wenig ehrenvoll durch Gegner, die ihre wahre Absichten jortwährend hinter Vorwänden verbergen. Noch dazu bedienen sie sich des Namens der Jugend, — wenn sie doch nichts anderes vorhaben, als Bevormundung aller Lebensalter und eine im Tiefsten unästhetische Aufficht über die gesamte Literatur. Dem Gesetz „gegen Schmutz und Schund“ folgt ein seiner würdiges, das die Theaterzensur wieder einführt. Es heißt überall schon jetzt das Zensurgesetz. Der Vorwand, als sollte es Jugendbildnis vor den stillosen Gefahren öffentlicher Schaustellungen schützen, wird nirgends auch nur beachtet. Um Jugendliche zu schützen, genügt natürlich die einfache politische Regelung, sie nicht einzulassen. Das wirkliche Verhalten der Geheimeschreiber aber ist unehrlich, und jeder weiß es. Sämtliche Einwände gegen ihre vorgeschützten Gründe wären ebenso billig wie vergeblich. Unsere eigene Würde verbietet uns, noch immer zu plädieren; wir wollen warnen. Wir warnen die Deffentlichkeit vor der um sich greifenden Mißachtung der Geistesfreiheit. Verlust der Geistesfreiheit trifft zu- letzt nicht nur ihre beruflichen Vertreter, sondern die Nation. Die Verfassung hat sie nicht uns, sie hat sie der Nation sichern wollen. Parteien und Politiker, die sogar die Verfassung umgehen, wenn nicht brechen, um der Nation die Geistesfreiheit zu entwinden, sind gebrandmarkt. Das Mal, das sie tragen, bleibt sichtbar auch noch

an dem unabweichlich nahenden Tage, der über alle jetzt geduldeten Gewalttätigkeiten gegen das Recht des menschlichen Gedankens einst zu Gericht sitzt.

Kater Lampe, im Rahmen der Reichsausschüsse der erwerbslosen Bühnenangehörigen, geht in den nächsten Tagen bis einschließlich 7. April in den verschiedensten Stadtteilen Berlins über die Bretter. Die erste Aufführung dieser lebenswarmen Komödie von Emil Rosenow, die Dienstag im Orpheum in der Hasenheide stattfand, bewies, daß die erwerbslosen Schauspieler sich alle erdenkliche Mühe geben, das Stück, das die früheren sozialen Verhältnisse in der ergebirgischen Spielwarenindustrie behandelt, zur rechten Geltung zu bringen. Die räumlichen Schwierigkeiten und die technischen Mängel, die dabei zu überwinden waren, machten sich wenig bemerkbar. Trotzdem auch der leider nur schwache Besuch hemmend zu wirken drohte, boten die Mitwirkenden ihr Bestes. Das stotte Zusammenspiel, das Emil Lindes Spiel- leistung zu danken war, sicherte den Erfolg. Das Publikum wurde mitleidiger und sorgte denn auch nicht mit seinem Beifall.

Hoffentlich werden die Schauspieler durch den finanziellen Misserfolg des ersten Abends durch besseren Besuch der folgenden Vorstellungen entschädigt. Das ist sowohl um des echt proletarischen Stüdes selbst willen, wie auch in Anbetracht des guten Zweckes und der Anstrengungen der Schauspieler, durchaus erwünscht. Billigere und bessere Vorstadtaufführungen können der Berliner Bevölkerung nicht geboten werden. Der Aufruf des UOB, und der UFA, sollte stärkeren Widerhall finden.

„Das Rätsel der Schöpfung.“ Der aufstrebende Film, der in Zusammenhänge einführen will, bedarf des bedeutenden Wortes. So unerfänglich das anschauende Bild, es sagt doch nicht alles. Der neue Uraniafilm, der in einer deutschen Bearbeitung einer amerikanischen Vorlage die Entstehung der Erde und des werdenden Menschen behandelt, war daher mit Recht von einem Vortrag begleitet. Aber das umfassende Thema verführte den Bearbeiter, anstatt daß er vereinfacht und zusammengefaßt hätte, nur noch mehr Details, besonders an Namen und Theorien, hinzuzufügen. Solche Fragen kann nur jemand behandeln, der die ganze wahrer Popularisierung hat und darauf verzichtet, mit Befehrsfomeln oder Angelesenen zu prunken. Aber der wahre Kenner wird sich auch hüten, auf alle solche Fragen eine einseitige und endgültige Antwort geben zu wollen. Von diesem Standpunkt aus müssen gegen den Vortrag, aber auch gegen den Film selbst mancherlei Bedenken erhoben werden. Aber trotzdem bietet er natürlich viel Gutes im Bildlichen. Hervorgehoben sei die Darstellung der Meeresfauna und Gaurier, die Beranickung der Mimikry, der Gebirgsbildung und manches andere. Der Vortrag sollte dem Verständnis eines größeren Publikums angepaßt werden.

Im der Brechoven-Fest der Berliner Rundfunk in der Woche vom 21. bis 26. März wirken u. a. Generalmusikdirektor Bruno Walter als Dirigent, die Pianistin Chop-Groenewald und die Regitatorinnen Rosi Ebert und Theodor Loos mit.

Max Reinhardt über das Welttheater. Bei einem FARBOD, das zu Ehren Max Reinhardts von den führenden Berliner Bühnen, Autoren und Schauspielerorganisationen gegeben wurde, hielt Max Reinhardt eine Ansprache, in der er für das Welttheater und das internationale Zusammenarbeiten im Theaterwesen eintrat.

Um Eupen-Malmedy.

Eine belgische Kammerdebatte. — Was bedeutet Locarno?

In der belgischen Kammer hat gestern Genosse Somerhausen über Eupen-Malmedy interpelliert und der sozialistischen Forderung Ausdruck gegeben, daß den Bewohnern dieses neubelgischen Gebiets die Möglichkeit gegeben werde, über ihr Schicksal frei zu entscheiden. Der Ministerpräsident Jaspars behauptete demgegenüber, daß die erste Abstimmung rechtmäßig gewesen sei und das Schicksal des Landes endgültig geregelt habe. Was Somerhausen wolle, sei eine Durchbrechung des Vertrags von Locarno, durch den Deutschland die gegenwärtige belgische Ostgrenze freiwillig garantiert habe. Banderwilde beschränkte sich darauf, Somerhausen gegen nationalistische Kreise zu verteidigen und zu erklären, daß zwischen der belgischen und der deutschen Regierung über Eupen-Malmedy nicht verhandelt worden sei.

Der belgische Ministerpräsident ist formal vollkommen im Recht, wenn er sagt, daß die deutsche Regierung der belgischen den dauernden Besitz von Eupen-Malmedy garantiert hat. Und der „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist formal ganz im Unrecht, wenn er sagt, durch den Vertrag von Locarno sei nur garantiert, daß Deutschland nicht den Versuch machen werde, die Grenze mit Gewalt zu ändern. Diese vom „Lokal-Anzeiger“ gekennzeichnete Garantie eines Verzichts auf gewaltsame Aenderungsversuche gibt der Vertrag von Locarno bekanntlich nach beiden Seiten, nicht nur nach Frankreich und Belgien, sondern auch nach Polen hin. Die Besonderheit des westlichen Vertrages besteht darin, daß nicht nur der Verzicht auf Gewaltmaßnahmen, sondern der berechnete Verzicht des Gebietes selbst garantiert wird.

Daraus ergibt sich, daß die deutsche Regierung nichts unternehmen darf, was Belgien in dem berechtigten Besitz an Eupen-Malmedy stört. Es ergibt sich aber nicht daraus, daß die Bevölkerung von Eupen-Malmedy verpflichtet ist, sich mit ihrem Schicksal abzufinden, und es ergibt sich nicht daraus, daß es belgischen Parteien vermehrt wäre, die Einwohner Eupen-Malmedys in ihren Wünschen nach einer anderen Aenderung zu unterstützen.

Mit anderen Worten: Das Verhältnis zwischen Belgien und Eupen-Malmedy ist eine innere belgische Angelegenheit; als solche ist sie durch den Vertrag von Locarno auch von Deutschland anerkannt worden. Erst wenn Belgien aus eigenem freien Willen bereit wäre, Eupen-Malmedy freizugeben, bestünde auch für die anderen Vertragsmächte die Möglichkeit, sich weiter mit dieser Angelegenheit zu befassen. Die belgischen Sozialisten haben aber zweifellos das Recht, auf die Willensbildung des belgischen Staates einzuwirken, und darum ist es falsch, wenn sich Jaspars gegenüber dem Genossen Somerhausen auf den Vertrag von Locarno beruft.

In Deutschland muß man sich damit abfinden, daß deutsche Parteien für Eupen-Malmedy direkt nichts tun können und daß die deutschen Regierungsparteien zu besonderer Zurückhaltung verpflichtet sind. Tun können nur die belgischen Sozialisten etwas. So wird sich die deutsch-nationale Presse zweckmäßig auf die Feststellung beschränken müssen, daß es die Sozialdemokraten sind, die in allen Ländern für das Recht kämpfen. Kann sie sich aber dazu nicht aufschwingen, so wird sie gut tun, ganz zu schweigen.

Die ewig Unbelehrbaren.

Ein Reichsvertretertag des R. F. D.

Der „Nationalverband Deutscher Offiziere“ ist bekanntlich jene Vereinigung aller Wilmersdorfer, die noch reaktionärer sind als die Herren vom Deutschen Offiziersbund, — eine geistige Leistung, zu der wirklich außerhand gehört. Diese treu-deutschen Männer also haben sich vor einigen Tagen, mit Ordensbändern reich geschmückt, von einer weiteren Dessenlichkeit aber nur äußerst wenig beachtet, zu einer Reichsvertretertagung in Berlin versammelt, um einige volltönende Reden vom Stapel zu lassen und in nicht- und nachgefragtem Rationalismus zu bromatöseren. Mehreres aber von dem, was da verzapft wurde, verdient doch festgehalten zu werden. Da befindet man in geschwollenen Worten den besten Willen, „auszuharren auf den bisher beschränkten Wegen und, allen Widerständen zum Trost, weiterzukämpfen“ für oder gegen eine wahre Musterkollektion guter und schöner Dinge. Der böse Daws-Balk hat es den Herren natürlich wieder einmal angetan, und: „Keine außenpolitische Verständigung“, brüllt man, „denn unsere Gegner sind nicht verständigungsbereit“. Im übrigen brauchen wir die „Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes“ mit Kasernenhofdrill, Handroben und „Hingegen — auf, hinaus — auf“. Für Beseitigung moralistischer Einstülpungen in den Regierungen der Länder, insbesondere Preußens, soll ferner gestritten werden.

Ja, das glauben wir gerne: Statt eines Seewerks oder Orzesinns ein zweites Landrat a. D. v. Reubell als preussischer Innen- und Polizeiminister, das wäre natürlich ein Hauptspieß! Der stärkste Trumpf aber kommt noch: Die Schlacht geht für ein völkisches Deutsches Kaiserreich. Ja, wie will man denn dieses köstliche Ziel erreichen? Doch nur auf geistlichem und verfassungsmäßigem Wege, indem man das deutsche Volk durch verlässliche Generalmajore und Oberstwehrtmeistere über den Segen von so einem „völkischen Deutschen Kaiserreich“ belehren läßt, bis es in seiner überwältigenden Mehrheit in freier Volksabstimmung sich für neue „herrliche Zeiten“ entscheidet? Trotz dieser Sehnsucht nach einem frischen Wilhelm erklärt freilich der bekannte Baltischer Generalmajor Graf von der Goltz:

„Die pazifistische Propaganda wird unter dem Deckmantel des Schreies „Die Republik ist bedroht“ in unser Volk hineingehämmert. In Wirklichkeit ist nur der Geist bedroht, in dem diese Republik 1918 gegründet und meistens geleitet wurde.“

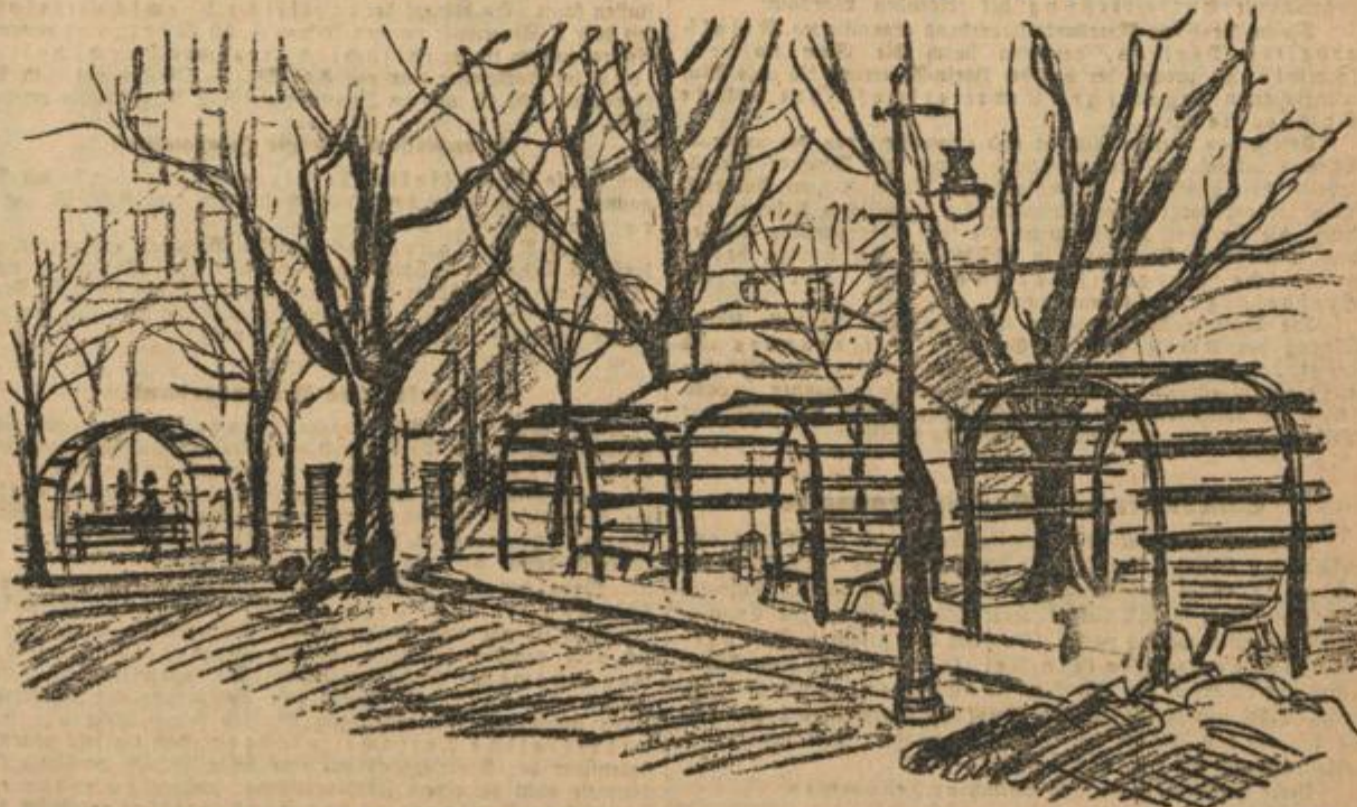
Ja, wie sich der Geist des völkischen Deutschen Kaiserreichs mit der nicht bedrohten Republik und ihrem Geist logisch verträglich den „Geist“, um das herauszubekommen, besitzen wir wirklich nicht!

Großen Kummer bezuglich der Sachheim-Duesterberg und Kollegen über die noch immer nicht behobene Uneinigkeit in den verschiedenen „Vereinigten“ sogenannten vaterländischen Verbänden. Wir fühlen diesen Schmerz nach, glauben aber, daß diese Krankheit im Rechtslager bei dem persönlichen Führerhergeiz, den jeder frühere Bataillonkommandeur besitzt, nur schwer zu heilen ist.

Um so einigter aber werden wir Republikaner sein!

Gegen Auslieferungsterror protestierten die in Atlanta (Georgia) verammelten Vertreter der amerikanischen Kirchen in einer der Regierung übermittelten Entschickung, die Hunderte von Fällen aufzählt, in denen Leute von Auslieferungsländern ausgepeitscht worden sind!

Der umgestaltete Savignyplatz.



Durchschnitten von der Kantstraße, einer der Hauptstraßen Charlottenburgs, und im Süden von den Bögen der Stadtbahn begrenzt, gehört der Savignyplatz kaum zu einem sehr bekannten Platz Groß-Berlins. Große Rasenflächen gaben ihm das Gepräge, Büsche bildeten eine Art von Einfassung und ein paar Bänke in schattigem Weich vor schmalen Wegen luden durch ihr unwirtliches Aussehen nicht zum Verweilen ein. Der Lärm der Straße, das Poltern der Stadtbahnzüge klang ungedämpft herüber. Verglichen etwa mit anderen Plätzen des Westens wirkte der Savignyplatz ärmlich und primitiv. Jetzt endlich ist man dazu gekommen, ihn vollkommen umzugestalten. Seit Wochen arbeitet man daran. Bis zu Beginn der Arbeiten wurde die Rasenfläche von einem Fußweg durchschnitten in Richtung der Grolmanstraße. Hart grub sich der Weg durch den Rasen. Bei der ursprünglichen Anlage fragte man nicht nach Symmetrie, es genügte, daß ein kurzer Verbindungsweg hergestellt worden war. Bei der Umgestaltung geht man von anderen Gesichtspunkten aus. Als Vorbild dienen die Anlagen um den

Platz zwischen der Neuen Kantstraße und dem Kaiserdamm. Das Gelände ist hier hügelig, und man hat den See mit in der Bild der Gesamtanlage hineinkomponiert, aber die äußere Form der Anlage mit Lauben und Laubengängen erweist sich als vorbildlich und übertragbar auf anders geartetes Terrain. Der Savignyplatz wird jetzt durch Lauben eingefasst. An der Ost- und Südseite sind bereits die Gerüste dafür errichtet. Wie in den Anlagen am Biehensee erhalten diese Lauben Bänke, die Wege werden nun an den Lauben entlang geführt, die Anlagen bleiben von Wegen durchschnitten, und in den Lauben ist noch so viel Platz vorhanden, daß dort auch Kinder spielen können. Entrecht zur Kantstraße sind auf den Rasenflächen Blumenbeete vorgesehen. Im Süden, vor der Einmündung der Grolmanstraße, befindet sich ein gemauerter Eingang. Berlin hat damit einen neuen modernen Platz erhalten, der nicht nur dekorative Zwecke erfüllt, sondern auch für die Bevölkerung Charlottenburgs als angenehmer Aufenthalt im Freien gedacht ist.

Dachstuhlbrand in Wilmersdorf.

Ein Brandweiser schwer verunglückt.

Ein Großdachstuhlbrand beschäftigte gestern nacht viele Stunden lang fünf Löschzüge der Feuerwehr auf dem Grundstück Regensburger Str. 20 zu Wilmersdorf. Leider wurde bei dem Löschangriff ein Brandweiser durch Stichflammen erheblich verletzt.

Wieder des oberen Stockwerkes des sehr langgestreckten Hauses bemerkten kurz nach Mitternacht starken Brandgeruch. Die Feuerwehr wurde alarmiert und erschien auch sofort. Das Feuer hatte aber inzwischen große Ausdehnung gewonnen und helle Flammen schlugen beim Erscheinen der ersten Löschzüge bereits aus den Bodenluken hervor. Ueber die völlig verqualmten Treppen drangen die mit Schutzmästen versehenen Mannschaften nach oben vor. Insgesamt wurde das Feuer mit 6 Schlauchleitungen bekämpft. Auch auf dem Dach des nebenliegenden Hauses wurde eine Schlauchleitung eingesetzt, um ein Uebergreifen zu verhindern. Das Feuer fand an großen Möbelkorridoren, aber auch an Gerümpel reiche Rohrung. Beim Aufschlagen der Bodentür ereignete sich leider ein schwerer Unfall. Der Rannschaltführer, Brandweiser Kibrecht von der Wache Wilmersdorf, wurde von einer heraus-schießenden Stichflamme erfaßt. Er erlitt schwere Brandwunden und mußte sofort zur Behandlung in ein Krankenhaus geschafft werden. Ueberhaupt waren wegen der starken Stichflammen die Wehrleute fortwährend gefährdet. Der größte Teil des Dachstuhles und ein kleiner Teil des angrenzenden Seitenschiffes wurden von den Flammen vernichtet. Erst gegen 5 Uhr morgens konnten die Wehren unter Zurücklassung einer Brandwache abrücken. Die Entstehungsurache konnte nicht einwandfrei festgestellt werden, vermutlich ist das Feuer durch unvorsichtiges Handeln eines Mieters mit offenem Licht entstanden.

Aussprache über die Reichswehr.

In einem Aussprachenabend des Deutschen Republikanischen Reichsbundes sprach am Dienstagabend Hauptmann a. D. Willi Meyer zu der neben der Justizfrage brennendsten Angelegenheit der Gegenwart: zur Reichswehrfrage. Und wiewohl in der sich daran anschließenden Diskussion Genosse Schühlinger nicht mit Unrecht die Aussprache als zu spät gekommen bezeichnete, kann man den Abend immerhin als einen gewinnbringenden buchen. Der Hauptredner wies zunächst darauf hin, daß Deutschland 1871 vergessen hatte, das bestiegte Frankreich zu entkommen. Infolgedessen formierte Frankreich bereits 1875 144 neue Bataillone. Heute gibt es für sein Heer (ohne Flotte) 880 Millionen Goldmark aus, Deutschland für Heer und Flotte 707 Millionen Goldmark. Frankreich wendet 15 Proz. seines Gesamteinkommens für die Armee auf, Deutschland 5 Proz. Deutschland hat ein 100 000-Mann-Heer, Frankreich eine Friedensstärke von 740 000 Mann. Im Ernstfall wird in Frankreich die ganze Nation mobilisiert und den Heeres- bzw. Landesverteidigungszwecken zur Verfügung stehen. Dies ist der Sinn der neuen Heeresreform. Polen hat 300 000 Mann unter den Waffen und gibt 39 Proz. seines Etats für Heereszwecke aus. Die kleine österreichische Armee hält der Redner für bedeutungslos. Besonders schien er sich über die vielen Sozialisten in dieser Armee zu ärgern. Die Offiziersgehälter der österreichischen Armee bezeichnete er als erbärmlich. Hauptmann Meyer bezweifelte schließlich, daß es im Ernstfall der Reichswehr möglich sein werde, die Grenzen zu schützen. Weiterhin forderte der Redner wiederholt und sehr eindringlich bei allen Heeres- und Heeresratfragen unbedingt sachliche Kritik, die er oft vermisst habe, ohne daß er aber den Beweis dafür antrat, wo denn die republikanische und sozialistische Dessenlichkeit, die er doch wohl meinte, die Sachlichkeit habe vermissen lassen. Die Folge war erregter Protest aus der Versammlung.

In der Aussprache kamen als militärische Fachleute Major a. D. Rust Unter- Polizeioberst a. D. Schühlinger, Herr v. Verden und Kapitän z. S. a. D. Perlius zum Wort. Major Rust wies darauf hin, daß es in der Reichswehr eine große Anzahl Offiziere gebe, die sehr aufmerksam und klug den Ablauf des letzten Jahres beobachtet haben und in folgedessen in un-verbrüchlicher Treue zum jetzigen Staat stehen. Der ruhige Redner hat aber keine Ahnung, welchen maßlosen Einfluß die Reichsparteien auf die Offiziere der Reichswehr ausüben, und wie

jeder Offizier, der offen seine republikanische Gesinnung bekennen würde, einer rücksichtslosen gesellschaftlichen Achtung verfallen würde. Eine der Hauptaufgaben sei es, das Offizierskorps den Reichsparteien zu entreißen. Diese Arbeit muß mit größerer Energie als bisher betrieben werden. Genosse Schühlinger wies darauf hin, daß sich bisher die Heeresleitung als Barriere zwischen Parlament und Volk gestellt habe. Das muß aufhören. Die Reichswehr muß ganz anders als bisher der Zivilgewalt unterstellt werden. Die Energie der republikanischen Parteien zur Eroberung der Reichswehr muß stärker und nachdrücklicher werden. Die Personalreferenten müssen mit einwandfreien Republikanern besetzt werden. Kapitän z. S. a. D. Perlius erklärte die heutige Flotte praktisch für völlig bedeutungslos. Hauptmann Meyer glaubte zum Schluß eine Angleichung des Offizierskorps und der Armee an die Republik feststellen zu können, ein Vorgang, der zwar langsam und oft nicht erkennbar, aber zweifellos doch sicher vor sich gehe.

Ein verschwundener Schüler aufgefunden.

Das Verschwinden eines Realchülers beschäftigte seit einem halben Jahre nicht nur die hiesige Kriminalpolizei, sondern auch alle Kriminalbehörden des Reiches. Der 13 Jahre alte Sohn Bernhard einer Reitergarnison Ritterschmidt aus der Buttlerstraße 13 sollte vor den großen Ferien seiner Mutter mitteilen, daß wegen Ermahnung des Schulverwalter ein neues Gesicht einzutreten sei. Er unterließ das wohl deshalb, weil er auf der Berliner-Realhauptschule in der Alexandrinenstraße bisher eine Freistelle gehabt hatte. Als nun Mitte September das Schulgeld fällig wurde, kam er in Schwierigkeiten, blieb von der Schule weg, ging aber regelmäßig zur gewohnten Zeit von Hause fort, als ob er sie besucht hätte und kam auch zur bestimmten Zeit immer zurück. Als dann die Mutter am 2. Oktober davon erfuhr und ihn zur Rede stellen wollte, verschwand er und ließ nichts mehr von sich hören. Weil keine Spur zu finden war, glaubte Frau Ritterschmidt, daß ihr Sohn einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei oder zu unlauteren Sünden verborgen gehalten werde. Alle Kriminalbehörden wurden aufgebeten und suchten bisher vergeblich nach dem Vermissten, bis er jetzt von der Kriminalpolizei in Homburg aufgegriffen wurde. Die Mutter wurde von der hiesigen Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt.

Sportanlagen auf dem Tempelhofer Feld.

Auf dem letzten Streifen des früheren riesigen Militärübungsplatzes, der nicht mit in das Gebiet des Flughafens einbezogen worden ist, wird seit Monaten gebuddelt. Ueber 330 Arbeitslose werden hier mit Konstantarbeiten beschäftigt. Aus der ehemaligen Sandwüste, die an stürmischen Tagen ganz Neufällen in riesige Staubwolken einhüllte, sollen große Sportanlagen geschaffen werden. Schon vor Jahren ist der Versuch unternommen worden, den Sand des Tempelhofer Feldes zu beseitigen. Unmittelbar vor den Neufällener Straßen wurde eine Grünfläche angelegt, die auch von den Neufällnern in den Freistunden ausgiebig als Erholungsplatz benutzt wurde. Um diese Parkanlagen herum entstehen nun neue Sportanlagen. Die Mauer, die Neufölln vom Tempelhofer Feld trennt, wird an zwei Stellen durchbrochen. Breite Alleen führen von hier auf die Rinderplatzfläche, die auch einen riesigen Buddelplatz bekommen. Die Plätze werden mit Anlagen umgeben und mit der bestehenden Grünfläche zu einem großen Park vereint. Vier Fußballplätze, ein Stadion und ein Schwimmbassin liegen hinter diesem Park. Neben dem Stadion ist Platz für ein großes Restaurant freigelassen. Das Stadion ist rings umschlossen von einem aufgeschütteten Wall, der außen mit Sträuchern bepflanzt und innen stufenförmig als Terrasse für Zuschauer ausgebaut wird. Durch diese Lösung kann das Stadion bis zu 20 000 Personen fassen. Die Bahn im Stadion ist 500 Meter lang. Eine weitere 100-Meter-Bahn wird Anlagen für Hoch- und Weitspringen, Kugelstoßen und Hammerwerfen aufweisen. Sämtliche Sportanlagen sind mit Drainagenarrichtungen versehen, so daß unmittelbar nach dem Regen die Anlagen wieder trocken sind und benutzt werden können. Für die Anlagen werden, so führte Genosse Stadtrat Schneider aus Unsch, einer Beschäftigung durch Vertreter der Sportvereine, der Preise und Stadtverordneten aus, noch insgesamt 1,75 Millionen Mark benötigt, und zwar für dieses Jahr noch eine halbe Million Mark, um die Arbeiten gedeihlich fortzuführen.

